



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Schweinitz, Wilhelm von: Abriß meiner Haager Berichterstattung : ein  
Beitrag zur Geschichte des letzten Kriegsjahres

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Abriß meiner Haager Berichterstattung

Ein Beitrag zur Geschichte des letzten Kriegsjahres

Von Wilhelm von Schweinitz

(vom Herbst 1917 bis Kriegsschluß Militär-Attaché im Haag)

(Fortsetzung aus Heft 49)



ch wollte den Wilson-Spieß umdrehen. Ob der Präsident es mit seinem Idealismus ehrlich meinte oder nicht, ließ sich damals noch nicht übersehen. Daß es sich bei Lloyd George um Humbug handelte, lag dagegen auf der Hand. Dem angelsächsischen Utopismus gegenüber schien mir ein nüchtern-begeistertes Eintreten für den bei uns realisierbaren Annäherungswert des humanitären Ideals Erfolg zu versprechen. Aus einer Randbemerkung Seiner Majestät glaube ich schließen zu dürfen, daß ich verstanden wurde. Solche Marginalien wurden aber nur als geistreiche Einfälle angesehen und mit dem übrigen zu den Akten gelegt. „Die Signatur unseres zu Ende gehenden Jahrhunderts (des XIX.) schrieb Paulsen in seiner philisophia militans ist: Glaube an die Macht, Unglaube an die Ideen.“

Vom 8. bis 16. Februar 1918 machte ich eine Dienstreise ins Große Hauptquartier und nach Berlin, um meine Berichte über den Schiffsraub und die aus ihm zu ziehenden Folgerungen durch Vortrag zu ergänzen. Noch bevor der Raub eine vollzogene Tatsache war, hatte ich mich wie folgt zu ihm gestellt: Weder wir noch die Holländer können die Wegnahme ihrer Tonnage in feindlichen Häfen verhindern. Der Gewaltakt der Assoziierten wird Holland gegen sie verstimmen. Daß die Tonnage in den Heimathäfen intakt bleibt, ist zu erreichen, ohne die Holländer zu brüskieren. Man braucht nur zu sagen: Wir wollen Euch behilflich sein, den Rest Eurer Flotte zu erhalten! und nicht: Wir verbieten Euch, auch noch den Rest Eurer Flotte an unsere Feinde auszuliefern! Die verbesserte Stimmung in Holland wird es uns ermöglichen, alles von ihm zu erlangen, was mit seiner Neutralität vereinbar ist. Mehr wollen wir nicht. Demgegenüber nahm die Oberste Heeresleitung den rechtlich nicht anfechtbaren Standpunkt an, daß uns Holland ein militärisches Äquivalent für die militärischen Vorteile schulde, die der Gegenseite aus dem Erwerb seiner überseeischen Tonnage erwachsen waren. Darüber, worin der Gegenwert bestehen sollte, wurde bis in den April hinein verhandelt. Es war dies wieder ein Fall, in dem durch Machtpruch der Reichsleitung militärische Interessen und zwar im Interesse des Heeres hinter die politischen zurückzustellen waren. Man überließ es aber in der Hauptsache unserer Gesandtschaft im Haag, sich so gut es ging mit der überflüssigen Verwicklung auseinanderzusetzen.

Am 20. Februar 1918 glaubte ich über das Ergebnis der schon erwähnten dritten Tagung des Obersten Kriegsrates klar zu sehen. „Es scheint zu sein:

1. Politisch: Aufnahme der französisch-italienischen Kriegsziele in das englische Programm.
2. Militärisch: Ernennung eines Generalissimus, ohne diesen Titel, in der Person des Generals Foch.

Zu 1. Frankreich und Italien können ihre Kriegsziele, „Desannexion“ von Elsaß-Lothringen und Verwirklichung der nationalen Aspirationen nur durch einen ganzen Sieg erreichen. Es handelt sich für sie um Alles oder Nichts. Ein Mittelweg zwischen Sieg und Niederlage gibt es für sie nicht. Der politische Vertreter Englands in Versailles stand vor der Wahl, die territorialen Forderungen Frankreichs und Italiens gegenzuzeichnen oder auf seine kontinentalen Verbündeten zu verzichten. Für letzteres hätten sich Asquith oder Lansdowne

ebenso wenig entscheiden könne, wie Lloyd George. Er hat nur getan, was er nicht lassen konnte. Clemenceaus Pistole saß ihm auf der Brust. Daß er die Tür zum Verständigungsfrieden zuschlug, wird ihm von dessen Freunden in England natürlich verübelt; einen Strick daraus können sie ihm aber nicht drehen, so lange die öffentliche Meinung für den Verzicht auf Frankreich und Italien nicht reif ist. Bis dahin muß England ihretwegen aufs Ganze gehen. Intransigenz ist die *conditio sine qua non* für die Solidarität der Entente. Das wurde zum ersten Male in Versailles unumwunden eingestanden. Die dort geschmiedeten Bande zwischen England und Frankreich-Italien sind nur von romanischer Seite wieder zu lösen. Bis Frankreich nicht kapituliert, kommen wir mit England nicht weiter. Der Zusammenbruch Frankreichs ist aber nur Vorbedingung und noch nicht zureichender Grund für die Kapitulation Englands. Wenn es der Unterjeeboote nicht Herr wird, werden wir es früher oder später kleinkriegen. Da aber auch für uns Gefahr im Verzuge ist, muß man durch Propaganda nachhelfen. Das wird durch das politische Ergebnis der Versailler Tagung erleichtert. Es läßt sich besonders gegen Amerika auswerten, das sich an den politischen Besprechungen des Obersten Kriegsrats nicht beteiligt hat. Mit Frankreich ist nur mit dem Degen zu reden. Dem deutsch-angelsächsischen Duell, das nach dem Ausscheiden Frankreichs in Aussicht steht, läßt sich vielleicht durch geeignete Maßnahmen vorbeugen.

Zu 2. Aus seinem politischen Entschluß, bis zum ganzen Sieg durchzuhalten, hat der Oberste Kriegsrat die einzig richtige militärische Konsequenz gezogen. Er hat sich Kommandogewalt zugelegt. Es scheint, daß General Foch zum Generalissimus ohne diesen Titel ernannt wurde. Wir haben insolgedessen damit zu rechnen, daß die Abwehrschlacht der Entente einheitlich von einem begabten Franzosen geleitet wird. Hiermit haben sich die Engländer abgefunden. Lloyd George persönlich ist dies nicht schwer gefallen, da er seit Rapallo für den Generalissimus war. Trotzdem fehlte ihm der Mut seiner Überzeugung. Daher die niederträchtigen Presseangriffe gegen den Reichsgeneralstabschef Robertson, der als Gegner der Generalissimus-Idee beseitigt werden mußte. Die Art und Weise, wie die Erweiterung der Befugnisse des Obersten Kriegsrats der englischen Öffentlichkeit beigebracht und die nötigen Personalveränderungen vollzogen wurden, haben das Ansehen des Premierministers schwer geschädigt. Aber auch hierüber wird er kaum stolpern, denn sachlich hat er recht. Amerika, Frankreich und Lord Northcliffe stehen hinter ihm.

Das Gesamtergebnis der dritten Tagung des Obersten Kriegsrats ist dahin zu bewerten, daß die politische und militärische Leistung der Alliierten in bisher noch nicht dagewesener Geschlossenheit in den Feldzug von 1918 eintritt. Diese Geschlossenheit ist nur durch eine erfolgreiche Offensive zu zertrümmern. Darüber darf man sich durch die Zersezungserscheinungen im Innern der feindlichen Staaten nicht hinwegtäuschen lassen. Andererseits bilden die solidarischen Regierungen von Lloyd George, Clemenceau und Orlando nur eine Kruste um die brodelnde Masse der Regierten. Wird sie durchbrochen, stehen vulkanische Eruptionen zu erwarten. Gleichzeitig mit dem Einhämmern der Kruste ist das unterirdische Feuer von uns zu schüren.“

Für unsere Außenpropaganda war aber noch nichts geschehen. Für die innere ziemlich viel, aber wohl in falscher Richtung. Unter dem 9. Dezember 1917 war mir aus dem Großen Hauptquartier geschrieben worden: „Das Grundübel unserer Presseorganisation ist das Fehlen einer politischen Presseleitung im Reich. Die D. S. L. ist dauernd bestrebt gewesen, die Schaffung einer solchen Stelle zu erreichen. Den Anregungen wurde aber keine Folge gegeben. Die militärische Stelle beim Auswärtigen Amt und das Kriegspresseamt arbeiten unter Leitung des Ersten Generalquartiermeisters im engsten Einvernehmen. Seine

Exzellenz sieht sich daher nicht veranlaßt, in der Unterstellung eine Änderung eintreten zu lassen, eine Änderung, die ihren Zweck verfehlen würde, so lange nicht eine politische Presseorganisation bei der Obersten Reichsbehörde geschaffen ist. Exzellenz Ludendorff betrachtet daher den Meinungsaustrausch in dieser Angelegenheit als erledigt.“ Durch meinen Militärbericht vom 7. Februar, der als solcher, über Reichskanzler und Auswärtiges Amt lief, hatte ich noch einmal versucht, ihn in Gang zu bringen. Als das nichts half, wandte ich mich in einem Schreiben vom 6. März 1918 an den Chef der militärischen Stelle beim Auswärtigen Amt. „Die befehlsmäßigen Nachrichtenorganisationen der Obersten Heeresleitung, des Auswärtigen Amtes usw. machen es möglich, das fehlende Reichsnachrichtenamt befehlsmäßig durch einen Minister (gleichzeitig Staatssekretär) mit Stab zu ersetzen. Dessen Hauptaufgabe wäre es, die deutsche öffentliche Meinung zu vereinheitlichen. Voraussetzung hierfür ist eine Politik, auf die sich unsere öffentliche Meinung vereinheitlichen läßt.

Nicht Revolution, sondern Evolution ist das Natürliche. Revolution ist immer eine selbstverschuldete Krankheit. Wir sind ihr entgangen, weil wir uns stetig weiterentwickelt haben und zwar nach unserem eingeborenem Gesetz. Deutschland muß und kann sich nach seiner Fassung modernisieren. Schon wegen unserer geographischen Lage brauchen wir einen Fürsten, der nicht nur herrscht, sondern regiert. Die Basis des Thrones hat sich dauernd verbreitert. Unsere Zukunft hängt davon ab, ob es gelingt, die Masse der Sozialdemokratie in eine monarchische Arbeiterpartei zu verwandeln. Es läßt sich nur noch durch, nicht gegen die Massen Geschichte machen. Die Alternative ist, daß die Massen es durch die Regierung tun. Das wäre zwar modern, aber undeutsch. Wir müssen deshalb auf das soziale Königtum hinarbeiten. Unsere Krone hat die soziale Gesetzgebung veranlaßt. Sie hat das Wort geprägt: Ich kenne keine Parteien mehr, kenne nur noch Deutsche! Sie hat die preussische Wahlreform versprochen. Jetzt bietet die Vorbereitung der Übergangswirtschaft ihr Gelegenheit, die Initiative zu wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu ergreifen. Nur wenn die Krone sie in die Hand nimmt, kann die unvermeidliche Neuorientierung zu nationaler Geschlossenheit unter Wahrung unserer berechtigten Eigenart führen. Uns jetzt den westlichen Parlamentarismus aufzupropfen, wäre ebenso verhängnisvoll wie Versteinerung. Die Forderung des Tages ist praktische Kooperation aller Parteien an der Neugestaltung unseres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens unter Leitung der Krone und ihrer unparteiisch das Gesamtinteresse vertretenden Minister.

Auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik hat uns die Krone die einzig mögliche Marschrichtung gegeben. Sie wies uns von der kontinentalen zur Weltpolitik mit dem beschränkten Ziel, uns neben und nicht über den anderen Weltmächten einen Platz an der Sonne zu sichern. Weil die Nachbarn die Notwendigkeit dieser Politik nicht begreifen wollten, haben sie uns in den Weltkrieg verwickelt. Wir führen mithin einen Verteidigungskrieg um unsere territoriale Integrität und wirtschaftliche Expansionsmöglichkeit. Für weitergehende Ziele wäre keine Einstimmigkeit zu erreichen. Außen- und Innenpolitik sind heute nicht mehr zu trennen. Der Krieg ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern eins ihrer Mittel. Sie muß deshalb über den Sieg, der für sie nur Zwischenpunkt und nicht Ziel ist, hinausdisponieren. Ihre Aufgabe ist es, durch den Krieg den Frieden zu gewinnen. Die einzige Linie, auf der sie es kann, ist die, auf der wir uns befinden. Sie ist die Verlängerung unserer geschichtlichen Entwicklung. Jede andere führt schon am Siege vorbei. Sie ist auch die einzige, auf die sich unsere öffentliche Meinung vereinheitlichen läßt. Idee und Interesse sind auf ihr solidarisch.

Davon, daß wir inner- und außenpolitisch eine große Linie haben und halten, ist jedoch leider in den Äußerungen unserer öffentlichen Meinung nichts zu

merken. Die Federn der behelfsmäßigen Nachrichtenorganisationen waren nicht breit genug, sie allen erkennbar aufzuzeichnen. Die Reichsregierung, die allein hierzu imstande ist, hat die Notwendigkeit verkannt, unsere politische Linie der öffentlichen Meinung faulständig gezogen vor Augen zu stellen. Das Volk, auf dessen Mitarbeit sie angewiesen ist, weiß deshalb nicht, woran es ist. Demonstrieren wir ihm ad oculos, daß wir eine moderne, deutsche, starke und ehrliche Politik treiben, bei der es auf seine Rechnung kommt, so können wir ein Haus darauf bauen, daß es sich für sie einsetzt. Opportunistisch an der einmal gezogenen Linie herumzukurrieren, empfiehlt sich nicht. Es untergräbt das schon nicht zu reichlich vorhandene Vertrauen.

Der Nachrichtenminister wäre gewissermaßen als Botschafter bei unserer öffentlichen Meinung beglaubigt. Politik zu machen, hätte er nicht. Seine Aufgabe wäre es, die Reichsleitung über die öffentliche Meinung auf dem laufenden zu halten und anzugeben, wie sie am besten zu nehmen ist. Den einschlägigen Anregungen Rechnung tragend, müßte sich unsere politische Technik gründlich modernisieren. Neben der mittelbaren Einwirkung auf die öffentliche Meinung über die Regierung wäre der Minister für die direkte persönliche Beeinflussung ihrer Träger, Parlamentarier, Journalisten und sonstiger Leute, die im öffentlichen Leben stehen, zuständig. Sein Rang würde ihm das erleichtern. Wichtiger als Rang usw. ist es jedoch, daß der Minister ein ganzer Mann ist, der an sich und an unsere Sache glaubt, und dessen Glaube ansteckend wirkt. Auf seinem persönlichen Einfluß würde auch der Grad des Erfolges beruhen, den er bei Vereinheitlichung der Arbeit der behelfsmäßigen Nachrichtenorganisation erzielt. Sie wären ihm nicht zu unterstellen. Sein Büro hätte den Charakter eines Clearing-House. Bei Auftreten eines Novums würde dort nach Anfrage bei der zuständigen Stelle sofort Parole ausgegeben usw. Wie ich mir die Einwirkung auf die öffentliche Meinung des Auslandes denke, habe ich in meinem Militärbericht vom 26. November 1917 ausgeführt. Mein Nachrichtenminister würde in unserer Beamtenschaft eine Klasse für sich bilden. Er dürfte nicht in der Arbeit stecken, sondern müßte über ihr stehen. Für Bürotätigkeit bliebe ihm wenig Zeit. Nur ein moderner Mensch mit offenem Kopf und guten Nerven wäre dieser Stellung gewachsen. Er müßte aber nicht nur Verständnis für die Psychologie des In- und Auslandes besitzen, sondern auch überzeugter Anhänger der preußisch-deutschen Tradition sein. Nur in ihrem Zeichen können wir siegen.“

Dies Schreiben wurde von mir dem Chef der Militärischen Stelle beim Auswärtigen Amt persönlich übergeben. Er revidierte damals gerade die von ihm ressortierende und gleichzeitig mit unterstellte „Auslandshilfsstelle“ im Haag. Ihr Leiter, ein tüchtiger und sympathischer Berufsjournalist, arbeitete auf meine Anordnung nach den täglichen Direktiven des ersten Sekretärs der Gesandtschaft, wobei den Wünschen der Militärischen Stelle nach Möglichkeit und meinen militärpolitischen stets Rechnung getragen wurde. An diesem Verfahren brauchte nach der Revolution nichts geändert zu werden. Gelegentlich dieses Besuchs besprachen der Chef der Militärischen Stelle und ich die Westlage, über die er dem Ersten Generalquartiermeister Vortrag zu halten beabsichtigte.

Diese Unterhaltung veranlaßte mich dazu, mich zur Westlage in einem Militärbericht vom 8. März 1918 zu äußern, der meine Zuständigkeit überschritt. Dies wurde mir denn auch, aber in wohlwollender Form, zu Gemüte geführt. „Meine militärischen Voraussetzungen, deren Richtigkeit sich hier nicht nachprüfen läßt, sind, daß wir: erstens den Krieg nicht fortsetzen können, bis England durch die Unterseeboote zur Kapitulation gezwungen wird, und zweitens, zu einer Offensive von solchem Umfang befähigt sind, daß sich von ihr mit Wahrscheinlichkeit der Verzicht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen erhoffen läßt.“ — „Wir können weder England noch Amerika militärisch besiegen. Infolgedessen müssen wir uns unter

Lösung der Aufgabe unseres Verteidigungskrieges mit ihnen verständigen. Es ist zu untersuchen, ob sich die Hindernisse, die dem entgegenstehen, mit rein politischen oder nur unter Mitbenutzung militärischer Mittel beseitigen lassen. Ist die Offensive im Westen notwendig oder nicht?" Die Lagebeurteilung der Regierungschefs von England, Frankreich und Italien war meiner Ansicht nach noch so, wie ich sie im Militärbericht vom 20. Februar geschildert hatte. „Was zurzeit im Kopfe des Präsidenten der Vereinigten Staaten vor sich geht, ist nicht zu erraten. Das militärische Programm der Entente wird bisher von ihm nach Kräften unterstützt, auf ihr politisches hat er sich nicht festgelegt. Bis auf Belgien sind ihm die Kriegsziele der Entente uninteressant. England kann von den Versailler Abmachungen nicht zurücktreten, bis Frankreich auf Elsaß-Lothringen verzichtet hat. Unserer Verständigung mit England-Amerika stehen mithin Belgien und Elsaß-Lothringen im Wege. Das erste Hindernis läßt sich durch eine politische Aktion beseitigen. Mit weniger als vollständiger Wiederherstellung der belgischen Integrität und Souveränität können und werden sich jedoch die Engländer und Amerikaner nicht zufrieden geben. Die Alternative ist der Krieg bis aufs Messer, der für uns nicht in Betracht kommt. Mit Elsaß-Lothringen steht die Sache anders. Nur ein geschlagenes Frankreich wird darauf verzichten. Die Offensive ist also nötig. Politisch muß ihr aber sekundiert werden, um die feindliche Moral zu schwächen und die eigene zu stärken. Dem Ausland wäre etwa zu erklären: „Deutschland ist bereit, die Integrität und Souveränität von Belgien wiederherzustellen. Ebenso wenig wie belgisches will es sich französisches Gebiet einverleiben. Während es für seine Integrität kämpft, wollen die Franzosen deutsches Gebiet annectieren. Die Engländer kämpfen als französische Hilfstuppe nicht für die Befreiung von Belgien, sondern für die Eroberung von Elsaß-Lothringen. Nur dieses Kriegsziel sperrt den Weg zum Verständigungsfrieden. Deutschland greift nur an, um ihn freizumachen. Die Schuld für das weitere Blutvergießen im Westen tragen ausschließlich die Alliierten.“ Man kann bedauern, daß eine solche Kundgebung nicht schon früher erfolgt ist. Sie unmittelbar nach der letzten Kanzlerrede abzugeben, ist wohl nicht möglich. Vielleicht bietet die zu erwartende Wilson-Rede eine Gelegenheit. Sonst ist der gegebene Zeitpunkt unmittelbar nach Losbrechen der Offensive. Erwünscht ist, daß in der Kundgebung gesagt werden kann, sie sei den feindlichen Regierungen durch neutrale Vermittlung bereits zugegangen, aber von ihnen ignoriert worden. Ferner empfiehlt es sich, mehr als bisher auf die humanitären Ideen Wilsons einzugehen und über die erreichbaren Annäherungswerte zu diskutieren. Die Inlandpropaganda wird durch die Intransigenz der Entente erleichtert. Schwieriger würde die Sache, wenn man uns weiter entgegenkommt. Henderson und Thomas könnten z. B. als Regierungschefs erklären, daß nur das Plebiszit in Elsaß-Lothringen dem Verständigungsfrieden entgegensteht. Die endgültige Regelung des Verhältnisses von Elsaß-Lothringen zum Reich durch Verleihung der Autonomie erscheint zweckmäßig. Von Wichtigkeit ist es, zu verhindern, daß an die Offensive übertriebene Erwartungen geknüpft werden. Des Weiteren empfiehlt es sich, die allgemeine Aufmerksamkeit von den heutigen Schwierigkeiten abzulenken und sie auf praktische Reformen einzustellen. Dies ließe sich durch königliche Einladungen an alle Bevölkerungsschichten zur Mitarbeit am Programm für die Übergangswirtschaft erreichen. Bleibt der Erfolg der Offensive hinter den Erwartungen zurück, so tut uns nationale Geschlossenheit doppelt not.“

Während an der Westfront die Kaiserschlacht geschlagen wurde, hatte ich die Vorarbeiten für die Forderungen zu erledigen, die wir an Holland stellten. Hierüber meldete ich am 5. April 1918: „Generalquartiermeister, Feld-eisenbahnchef und Generalgouvernement Belgien haben sich zur Sache geäußert. Die Besprechungen unter ihren hiesigen Vertretern ergaben, daß Holland allen Wünschen gerecht wird, wenn es die freie Durchfahrt von Rähnen mit allem, was nicht ausgesprochenes Kriegsmaterial ist, gestattet und die Freizügigkeit der hol-

ländischen und deutschen Binnenschifffahrt wiederherstellt. Es wird sich nur darum handeln, die Rhein-Äkte von den einschränkenden Zusätzen zu entlasten, die sie im Verlauf des Krieges durch die holländische Neutralitätserklärung und deren Auslegung erhalten und die Deutschland stillschweigend geduldet hat. Unser Schritt läßt sich dadurch begründen, daß wir uns nicht damit abfinden können, daß Holland seine Neutralität den Assoziierten und uns gegenüber verschieden auslegt. Unser bisheriges Entgegenkommen rechtfertige sich nicht mehr, nachdem Holland nicht einmal den Willen bewiesen habe, seine Neutralität gegen eine Schändung durch die Assoziierten zu verteidigen. Wir verlangten daher die Wiederherstellung des Rechtszustandes, wie er vor Erlaß der von uns nur aus Rücksichtnahme geduldeten Einschränkungen bestanden habe. Bei dieser Technik läßt sich das uns gesteckte Ziel erreichen, ohne daß wir die Bewilligung unserer Forderungen als Kompensation für die Tonnage-Abtretung an die Assoziierten charakterisieren. Dadurch würden wir nämlich unsere Aktion als Pendant zur englisch-amerikanischen und damit als illegal hinstellen, während wir tatsächlich nicht beabsichtigen, den Rechtsboden zu verlassen." Neben freier Rahndurchfuhr von allem, was nicht ausgesprochenes Kriegsmaterial darstellt, und Freizügigkeit der deutsch-holländischen Binnenschifffahrt wurde nachträglich vom Selbsteisenbahnhof noch die Freigabe der Strecke Dählheim—Roermond—Hamont verlangt. Sie sollte auf Grund eines alten Vertrages und in demselben Umfang gefordert werden, wie die Durchfuhr auf dem Wasserwege. Da die D. S. L. beschleunigte Erledigung wünschte, schlug ich am 6. April 1918 vor, die obigen drei Forderungen außerhalb des Rahmens der Wirtschaftsverhandlungen stellen zu lassen. Am 16. April meldete ich der D. S. L., die Anweisung des Auswärtigen Amtes an die Gesandtschaft umfasse unsere drei Forderungen und gehe sogar über sie hinaus." „Ausgesprochenes Kriegsmaterial ist von der verlangten Durchfuhrerlaubnis nicht ausgeschlossen. Ich empfehle dringend, dies nachträglich zu tun." General Ludendorff ließ mir daraufhin drahten, die Forderung der Durchfuhr von ausgesprochenem Kriegsmaterial sei militärischerseits nicht gestellt worden. Das Auswärtige Amt hatte den Abfaß unseres Entwurfes, der sie ausschloß, weggelassen. Am 23. April erfuhr ich, daß man auf sie verzichtet habe.

Die politische Wirkung unseres Anfangserfolges im Westen wäre zweifellos größer gewesen, wenn sich die Reichsleitung nicht passiv verhalten hätte. Immerhin konnte ich am 13. April 1918 eine Krisis in England feststellen, mit der es sich allerdings in bewundernswerter Weise auseinandersetzte. „Das Kabinett Lloyd George ist bei der öffentlichen Meinung drunter durch. Asquith hat aber erst recht enttäuscht. Hierüber wurde ihm vom Unterhaus in der Maurice-Debatte quittiert. In mehreren Blättern ist der Wunsch nach einem Kabinett von Fachleuten laut geworden. Die Basis für eine einschlägige Aktion könnte die tiefgehende Verstimmung der Soldaten gegen die Politiker liefern. In der Hauptsache ist jedoch augenblicklich nur von Durchhalten die Rede. Die Haltung der Nation ist die eines Boxers, der von einem schweren Faustschlag halb benommen mit verbissenen Zähnen das Weitere auf sich zukommen läßt. Der Versuch, den Ernst der Lage zu verschleiern, wird nicht gemacht. Die immerhin stark erschütterten Nerven haben sich während der Kampfspause erholt, und die gewandt propagierten Unternehmungen gegen Seebrücke und Ostende haben ihnen wohlgetan.

Die Situation im Westen wird wie folgt beurteilt: Deutschland ist durch innere Schwierigkeiten genötigt, den Krieg schnellstens zu beenden. Es will dies durch einen militärischen Sieg an der Westfront tun. Sein Ziel läßt sich aber nur durch einen vollständigen Sieg erreichen. Ein unvollständiger wäre gleichbedeutend mit Niederlage. Die Kaiserschlacht hat das ihr gesteckte Ziel nicht erreicht. Die Möglichkeiten der deutschen D. S. L. sind aber noch nicht erschöpft. Sie muß und wird deshalb erneut loszuschlagen. Das Schwerste steht den Alliierten noch bevor. Trotzdem ist ihnen der militärische Gendertolg gewiß. Man fragt

sich, warum die Alliierten Gelände aufgegeben haben, obgleich sie den Deutschen nicht an Zahl unterlegen sind. Sie tun es, um ihre Reserven, die im gegebenen Augenblick die Schlacht entscheiden sollen, intakt zu erhalten. Um ihnen die Überlegenheit für den kritischen Zeitpunkt zu sichern, muß das deutsche Heer gezwungen werden, sich zu verbräuen. Die Alliierten behaupten ihre schwach besetzten Stellungen nur solange, bis der Feind sie teuer genug bezahlt hat. Diese Taktik soll fortgesetzt werden. Führt sie zum Verlust der Kanalhäfen, so wäre das schmerzhaft, aber zu ertragen. Das englische Publikum muß sich klar sein, daß die Alternative Trennung des englischen vom französischen Heer oder Einsatz der Foch'schen Reserven am unrichtigen Platz sein könnte. Es möge deshalb die Nerven behalten, um nicht einem unerwünschten Druck auf die Entscheidungen des Generalfissimus auszuweichen."

(Fortsetzung folgt.)



## Der Hahnenritter

Dem Marschall Foch wurde in Amerika ein mit einem goldenen Hahn gezierter Helm überreicht.

Seht auf seinem Haupt den Sichel,  
Auf dem Heldenhaupt so hold;  
Nicht von Eisen, nicht von Nickel  
Ist er, nein, er ist von Gold.

Mit der Göttin der Geschichte  
Nur hat Foch ein wenig Pech.  
„Gold?“, so lacht sie, „ich verzichte!  
Welch ein Wort für dieses Blech!“

Seht auf seinem Haupt den Sockel —  
Wie das hübsch erfunden ist!  
Denn bekanntlich liebt als Sockel  
Zimmer sich der Hahn den Mist.

Zwar sein „Sieg“ war reichlich bitter.  
Als er ganz der Pleite nah,  
Kam dem würdigen Hahnenritter  
Hilfe aus Amerika.

Schwer verprügelt und umbustert  
Saß er da von früh bis spät;  
Aber köstlich aufgeplustert  
Steht er jetzt und kräht und kräht.

Und man jauchzt dem exzellenten  
Feldherrn drüben überm Meer,  
Und des Herren Northcliffe Enten  
Gackern wacker um ihn her.

Und die Weiber erst, als wenn sie  
In dem Bann des Alkohols,  
Baut in Washington als Gänse  
Schnattern sie des Kapitols.

Als ein Haupthahn klinkt er weiter  
Alles höchsten Heldentums  
Munter auf der Hühnerleiter  
Seines fadenscheinigen Ruhms.

Doch mit heimlichem Gezitter  
Sieht er fern die Tage nah,  
Wo nach ihm, dem Hahnenritter,  
Krähn wird weder Hund noch Hahn!

Paul Wanke